

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

25.01.2023

MdL Jeannine Rösler

TOP 32

Beratung des Antrages der Fraktionen der DIE LINKE, SPD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Demokratische Erinnerungskultur an Schulen stärken

- Drucksache 8/1755 -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vor 78 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Mit der Befreiung ging eine Berichterstattung einher, die das Wort ‚unfassbar‘ um eine neue, grausame Dimension erweiterte: Ermordung von Menschen als Staatsdoktrin, im industriellen Stil, arbeitsteilig und den Gesetzen der Fließbandarbeit unterworfen.

Entrechteten, Entmenschlichen, Zusammentreiben, Zusammenpferchen, Ghettoisieren, Transportieren, Selektieren, Vernichten.

Das in der Menschheitsgeschichte einmalige Verbrechen des Holocaust hat seither einen Namen, gleichsam eine Adresse. Ein Name und eine Adresse, die für alle Zeit erinnern, aufarbeitung und vor allem Aufklärung über das Wirken von Antisemitismus und Rassismus einfordern. Mit dem heutigen Tagesordnungspunkt, dem fraktionsübergreifenden Antrag, setzen wir einen weiteren Baustein, um dieser Forderung gerecht zu werden.

Bereits Anfang dieses Jahrtausends haben die damaligen Koalitionspartnerinnen PDS und SPD mit der Entschließung für Demokratie und Toleranz die Grundlage für das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ gelegt.

Dieses wurde und wird stetig weiterentwickelt und soll nun mit dem vorliegenden Antrag erneut erweitert werden.

Meine Damen und Herren,

bevor ich zu den wesentlichen Antragspunkten komme, die unmittelbar mit Bildungsarbeit zu tun haben, möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken für die gute und fachlich-historisch versierte Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium, dem Wissenschaftsministerium und allen Antragsstellern. Beispielhaft möchte ich den Antragspunkt drei erwähnen. Die Feststellung, dass die DDR eine Diktatur war, in der Bürgerinnen und Bürger Opfer staatlicher Willkür wurden, ist historisch und sachlich richtig und lässt populistische und wissenschaftlich falsche Kampfbegriffe und Kalte-Kriegs-Rhetorik außen vor. Das ist angemessen, auch in Hinsicht auf eine Bewertung deutscher Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Nun zu dem, was wir mit dem heutigen Antrag erreichen wollen.

Meine Damen und Herren,

ich weiß nicht, wie es Ihnen in Ihrer Zeit als Schülerin und Schüler ging, aber aus meiner Schulzeit sind wenige Dinge so deutlich vor Augen wie der Besuch der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Das, was ich dort sah, hörte und lernte, hat mich tief geprägt, nachdrücklich sensibilisiert und auch ein Stück weit politisiert. Es bleibt unauslöschlich in meinem Gedächtnis. Ich bin überzeugt, viele von Ihnen haben vergleichbar prägende Erfahrungen gemacht in der aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte an Orten historisch-politischer Bildung. Auch das, meine Damen und Herren, sollte uns Ansporn sein, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätten kontinuierlich zu unterstützen und auszubauen. Wir wollen früher mit der historisch-politischen Bildung beginnen, sie breiter in den Unterricht integrieren, wir wollen eine stärker fächerübergreifende politische Bildung und Selbstständigkeit über projektbasierte Lernformen fördern.

Das alles ist auch deshalb dringend notwendig, um sich quellenkritisch im digitalen 21. Jahrhundert mit Extremismus, Antisemitismus und Rassismus zu beschäftigen und äußern zu können. Die jungen Menschen müssen in die Lage versetzt werden, die Flut von Bildern und Informationen, vermeintlich wissenschaftliche Abhandlungen und Erkenntnisse aus eigenem Wissen, eigener Kenntnis und Anschauung richtig einordnen und bewerten zu können. Zudem wissen wir, mit jeder Generation und dem Zeitabstand zu den historischen Ereignissen verändern sich die Zugänge zur Geschichte. Folglich muss sich auch die Vermittlungspraxis beständig modernisieren.

Meine Damen und Herren,

wir werden die Förderrichtlinien zur Antragsstellung für Gedenkstättenfahrten modernisieren und auch Schulprojekte stärker fördern, die über Entstehung, Ursachen und Formen von Demokratie und Diktaturen aufklären. Solche Schulprojekte können beispielsweise die Erarbeitung von Ausstellungen oder die Aufbereitung und Sicherung von Interviews mit Zeitzeugen sein. Was uns bleibt, sind ihre Stimmen, ihre Briefe und Fotos.

Das alles sorgfältig zu bewahren und der Nachwelt zugänglich zu machen, ist so überaus wichtig. Immer weniger Überlebende der Konzentrationslager können von den Grauen und Schrecken berichten und mahnen, dass dies nie wieder geschehen darf.

Nachfolgende Schülergenerationen können diesen Zeitzeugen nicht mehr persönlich gegenüber sitzen und können ihnen nicht mehr persönlich zuhören. Die Erinnerungen werden kalt, die Aushandlungen weniger emotional.

Auch deshalb halte ich den Ausbau der Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden für enorm wichtig und hoffe, dass daraus möglichst viele Schulprojekte, wie beispielsweise „meet a jew“, erwachsen. Die persönliche Begegnung, die unmittelbare Konfrontation durch eine Überlebende oder einen Überlebenden der Shoah ist von unschätzbarem Wert und nicht ersetzbar. Diese entstehende Lücke wollen wir versuchen zu füllen und sind zuversichtlich, dass uns das mit der Hilfe des Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus und den jüdischen Gemeinden auch gelingen wird.

Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass es vermehrt schnelle und vereinfachte Zugänge zu historisch-politischer Bildung im Land gibt.

Das Gedenkstättenportal der Landeszentrale für politische Bildung wird einer dieser Bausteine sein, genauso wie ein landesweites Online-Portal zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und einer App mit der vor Ort Informationen über die „Stolpersteine“ abgerufen werden können.

Die Gedenktafeln erinnern an Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, vertrieben und ermordet wurden. Auch ihre Namen und Schicksale dürfen wir nie vergessen.